

Pressemitteilung 044 / 2012

25.01.2012

Marcel Braumann, Pressesprecher

Nazis

Tel.: 0351 - 4935823

Handy: 0171 - 8983985

Jetzt gemeinsam Untersuchungsausschuss auf den Weg bringen

Fax: 0351 - 4960384

Bartl: Verständigung aller demokratischen Fraktionen sollte jetzt U-Ausschuss zum Nazi-Terrornetzwerk den Weg ebnen

Nachdem die Dringlichkeit des [Antrags der Fraktion DIE LINKE auf Erweiterung des Auftrages des Untersuchungsausschusses \(Drucksache 5/8006\)](#) heute abgelehnt worden ist, erklärte der **stellvertretende Vorsitzende und rechtspolitische Sprecher der Fraktion DIE LINKE, Klaus Bartl**, zugleich Vorsitzender des bestehenden Untersuchungsausschusses:

Nach dem Vorbild von Bundestag und Thüringer Landtag sollten sich nun alle fünf demokratischen Fraktionen des Sächsischen Landtags so schnell wie möglich über einen gemeinsamen Auftrag für den Untersuchungsausschuss zur Aufklärung der Entstehung des Nazi-Terrornetzwerks „Nationalsozialistischer Untergrund“ verständigen.

Bisher haben Staatsregierung und Koalitionsmehrheit jegliche vertiefte Untersuchung des Behördenversagens, das dazu führte, dass eine Gruppe von Nazi-Terroristen von Sachsen aus ein Jahrzehnt lang mutmaßlich mindestens zehn Morde begehen konnten, in den Fachausschüssen blockiert. Zugleich wurde jegliche Zusammenarbeit mit Gremien im Nachbarland Thüringen und auf Bundesebene durch das Innenministerium verweigert. Die Erweiterung des Auftrages des bestehenden Untersuchungsausschusses zur Aktenaffäre des Landesamtes für Verfassungsschutz hätte es ermöglicht, bereits am 1. Februar mit der Vernehmung des früheren Verfassungsschutzpräsidenten Stock diese bisher versäumte Aufklärungsarbeit zu beginnen.

Da dies heute im Landtag blockiert worden ist, sehen wir nun nur noch eine Möglichkeit, so schnell wie möglich einen entsprechenden Untersuchungsausschuss wie in Thüringen und dem Bundestag auf den Weg zu bringen: eine einvernehmliche Verständigung aller demokratischen Fraktionen über einen eigenen neuen Untersuchungsausschuss bis zur regulären Landtagssitzung am 7. März. Wir dürfen keine weitere Zeit durch juristische Debatten verlieren, sondern müssen zur Sache kommen. Ich würde mich daher freuen, wenn die CDU als stärkste Fraktion zu einem solchen Dialog einladen würde, in den wir uns mit unseren Vorschlägen für den konkreten Untersuchungsauftrag einbringen werden.